

Liberalen

Leitgedanken

für Lüdenscheid.

Bürger und Gemeinde als Partner

„Das wichtigste im Staat sind die Gemeinden,
und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger.“
Theodor Heuss (FDP), erster Bundespräsident.

Diese Aussage ist Grundlage für die Kernforderung der FDP, die kommunalen Anstrengungen für den Bürger nutzbringend und einsichtig zu gestalten.

Das wesentliche Ziel der FDP ist es, die Lebensqualität der Bürger in Lüdenscheid zu sichern und zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

Unser Grundsatz: Gemeinsam Zukunft gestalten.

Wirtschaft und Finanzen

Eine gute Lebensqualität in unserer Stadt kostet Geld. Gerade daher benötigen wir eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Herausforderungen der Zukunft im Blick hat und unserer Stadt trotz bestehenden Haushaltssicherungskonzeptes Handlungsspielräume lässt. Unsere Stadt ist unter anderem ein Zentrum des Werkzeug- und Formenbaus, der Oberflächenveredelung, der Kunststoffverarbeitung sowie der Automatisierungs- und Lichttechnik. Wir sind aus Tradition eine innovative Stadt. Unsere Stärke ist die Qualifikation unserer Fachkräfte, die den Fortschritt maßgeblich vorantreiben. Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und stellen u.a. starke und verlässliche Partner auf Weltmarktführerniveau für die Automobil- und Elektrotechnikbranche dar.

Sie brauchen faire Wettbewerbsbedingungen und Freiräume zur wirtschaftlichen Entwicklung. Neben dem Produktionssektor hat in unserer Stadt der Dienstleistungssektor in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Dienstleistungssektor und der Handel sehen sich bereits heute mit erheblichen Strukturveränderungen konfrontiert. Auch hier muss Politik Freiräume schaffen und Hindernisse abbauen. Unser Stadtbild darf zukünftig nicht maßgeblich durch leerstehende Einzelhandels- und Bürogebäude geprägt sein. Eine leistungsfähige Wirtschaft trägt letztlich nicht nur zur Erhöhung der Lebensqualität in unserer Stadt bei, sondern ist auch der Schlüssel für die nachhaltige Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Kommunale Finanzen reformieren

Um unsere Stadt zu entlasten und ihr Spielraum für eine attraktive Gestaltung zu geben, müssen die Gemeindefinanzen grundlegend reformiert werden. Zur dauerhaften Finanzsicherung bedarf es einer ernsthaften Gemeindefinanzreform, unter Abschaffung der Gewerbesteuer und ersatzweise Einführung einer eigenen Kommunalsteuer (12-Prozent-Anteil am Umsatzsteueraufkommen und Einführung eines eigenen kommunalen Hebesatzes auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer bei gleichzeitiger Absenkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze des Bundes). Dies ist eine Jahrzehnte alte Forderung der FDP auf allen Ebenen. Das liberale Gemeindefinanzmodell schafft eine höhere Stabilität der Einnahmen unserer Stadt und führt zudem zu einer größeren Sensibilität für die städtischen Finanzen. Bürger und Wirtschaft sehen bei den kommunalen Leistungen genauer hin, wenn hiervon die Höhe ihrer kommunalen Steuer abhängt.

Solide Finanzen sichern – Verantwortung für morgen übernehmen

Die FDP steht für eine verlässliche und ehrliche Finanzpolitik. Wir haben bereits in der Zeit des ersten Haushaltssicherungskonzepts (HSK) von 2012–2022 Verantwortung übernommen, mitgestaltet und mitgetragen. Dieses HSK hat Lüdenscheid nach schwierigen Jahren wieder in eine Phase finanzieller Handlungsfähigkeit geführt. Doch neue Herausforderungen – insbesondere die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die dramatischen Auswirkungen der Sperrung der A45-Rahmedetalbrücke – haben die Stadt erneut in ein Haushaltssicherungskonzept (2024–2034) gezwungen. Für uns Freie Demokraten ist klar: Auch diesmal braucht es eine Politik, die rechnen kann. Unser Ziel ist es, Lüdenscheid dauerhaft aus der Haushaltsnotlage zu führen – mit realistischen Maßnahmen, verantwortungsvollen Prioritäten und dem klaren Ziel, zukünftige Generationen nicht weiter zu belasten.

Wir werden:

- uns konsequent für die Einhaltung des neuen HSK einsetzen,
- darauf achten, dass jeder Euro sinnvoll eingesetzt wird,
- uns gegen neue Ausgaben ohne solide Gegenfinanzierung stellen,
- und uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Steuererhöhungen und höhere Elternbeiträge – etwa für Kitas – vermieden werden.

Einsparungen müssen grundsätzlich Vorrang vor Belastungen der Bürger haben. Kurs halten statt Wahlgeschenke verteilen – das

ist unser Anspruch. Nur so gewinnt Lüdenscheid seine finanzielle Eigenständigkeit zurück.

Privatisierungen ermöglichen

Die FDP setzt sich für eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik ein, die die mittelfristigen und langfristigen Ziele der Stadt verfolgt. Eine populistische Gefälligkeitspolitik, die kurzfristig alle Wünsche erfüllt, aber langfristig zur Überschuldung führt, lehnen wir als unverantwortlich ab. Die FDP tritt dafür ein, die Ausgaben in Lüdenscheid immer wieder kritisch zu überprüfen. Viele Aufgaben, die heute von den Kommunen geleistet werden, gehören nicht zu deren Kernaufgaben und können von Bürgern oder privaten Unternehmen besser und kostengünstiger selbst erfüllt werden.

Beispiel: Seit Jahren klagt die Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) der Stadt über Personalmangel. Eine Fremdvergabe von Ingenieurleistungen wird oft mit dem Hinweis darauf abgelehnt, dass auch Ausschreibung, Vergabe und Überwachen von Baumaßnahmen Personal binden. Ein Schritt zur schnelleren Aufgabenbearbeitung der ZGW könnte sein, einfaches Alltagsgeschäft, wie z.B. die Betreuung und Verwaltung von Standard-Immobilien an externe Verwaltungsunternehmen zu vergeben und damit Freiraum für die Planung, Erstellung und Betreuung von Sonderbauten oder deren umfassende Sanierung zu schaffen.

Wirtschaft stärken – Standort sichern

Lüdenscheid ist Teil einer Region der Weltmarktführer – und lebt zugleich vom starken Rückgrat des Mittelstands. Diese Unternehmen sichern Wohlstand, Arbeitsplätze und Ausbildungschancen vor Ort. Unser Ziel ist es, sie konsequent zu unterstützen und verlässliche Rahmenbedingungen für Wachstum zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir aktiv Anreize setzen, um neue Unternehmen für Lüdenscheid zu gewinnen – durch eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung, attraktive Flächenangebote und ein klares Standortprofil. Wer wirtschaftliches Wachstum will, darf Unternehmer nicht mit immer neuen Auflagen ausbremsen. Wir stehen für weniger Bürokratie und haben uns deshalb z.B. klar gegen die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer gestellt. Zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik gehört auch die Revitalisierung der Innenstadt. Leerstände müssen gezielt bekämpft, der Einzelhandel gestärkt und neue Nutzungsformen ermöglicht werden – damit Lüdenscheid wieder Zentrum und Anziehungspunkt wird. Um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern, sind mehr Sitzmög-

lichkeiten zu schaffen. In der gesamten Fußgängerzone - nicht nur im Rosengarten und am Sternplatz - sollte etwa alle 50 Meter ein Sitzplatzangebot bestehen.

Bürger und Betriebe schonen – auf neue Steuern verzichten

Bürger und Betriebe schonen – auf neue Steuern verzichten
Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer – in der Stadt Lüdenscheid gibt es kommunale Steuern wie in anderen Städten auch. Jeder Bürger zahlt sie direkt oder indirekt. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Gemeindefinanzierung. Wir lehnen allerdings ab, neue Extra-Steuern einzuführen. Das gilt insbesondere, wenn sie der Umerziehung der Bevölkerung dienen. Jüngstes Beispiel: Die CDU schlug eine Verpackungssteuer für Lüdenscheid vor. Die Stadtverwaltung ist interessiert, will aber abwarten, wie Großstädte das regeln. Die FDP hat als einzige Fraktion im Stadtrat das Ansinnen komplett abgelehnt: Wir brauchen keine zusätzlichen Regeln und keine weiteren Steuern. Eine Verpackungssteuer würde die Gastronomie und ihre Kunden einseitig belasten. Wenn jeder Eislöffel, jede Dönertaschenhülle und jede Frittengabel (auch aus Holz) einzeln besteuert wird, löst das eine unglaubliche Bürokratie in jeder Imbissbude und in jedem Eiscafé aus – vom Rathaus ganz zu schweigen. Letztlich wird die Steuer und der Verwaltungsaufwand zu steigenden Preisen führen. Ein intelligentes Mehrwegsystem wäre die bessere Lösung. Eine Zusatzbelastung für die heimische Gastronomie lehnen wir ab.

Stadtentwicklung

Innenstadt modernisieren

Mit dem Kauf des Forums am Sternplatz und des Parkhauses Stadtmitte hat die Stadt einen wichtigen Schritt zu einer geordneten Weiterentwicklung der Innenstadt gemacht. Der Abriss der ehemaligen Wellenbad-Immobilie steht als Nächstes an. Nach jahrzehntelangem Niedergang ist die Wiederbelebung des Gebäudes in der jetzigen Form unrealistisch. Das Gelände soll zunächst als Grün- und Freizeitbereich genutzt werden. Ein zukünftiges Engagement durch einen Investor ist damit nicht ausgeschlossen. Das ehemalige Leffers-Gebäude, jetzt im Eigentum von Peek & Cloppenburg, steht nicht zum Verkauf. Daher kann die Stadt Lüdenscheid die künftige Nutzung nicht selbst entscheiden. Sie muss aber den Druck auf den Eigentümer verstärken, um an dieser zen-

tralen Stelle endlich wieder eine publikumswirksame Nutzung zu erhalten.

Stadtentwicklung neu organisieren

Durch die Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) will man handlungsfähiger und schneller werden. Die neuen Nutzungen entlang der Wiesenstraße und der Erwerb des Forums am Sternplatz wurden noch ohne Mitwirkung der SEG umgesetzt. Bei zukünftigen Projekten soll das anders werden: Werden Flächen angekauft, erschlossen und anschließend vermarktet, sind die Vorteile der stadteigenen GmbH zu nutzen. Dabei ist nicht nur zu reagieren, sondern vorausschauend zu planen, beispielsweise in Bezug auf weitere Umzüge von Industriebetrieben aus der Kernstadt.

Kompetenzen bündeln

In Lüdenscheid sind Fragen der Wirtschaftsförderung auf viele Beteiligte verteilt: EGC GmbH, WKL GmbH, WKL e.V., LSM GmbH, SEG mbH.

Das Nebeneinander der Institutionen, das sich in einigen Bereichen einer wirksamen demokratischen Kontrolle entzieht, muss zu einem Miteinander werden. Doppelzuständigkeiten und Kompetenzüberschneidungen sind zu beenden, Wirtschafts- und Gründungsförderung müssen aus einem Guss und mit mehr Elan als in der Gegenwart erfolgen. Es wird zu viel verwaltet und zu wenig gestaltet.

Gewerbeflächen bereitstellen

In Lüdenscheid fehlen die Flächen für neue, größere und zusammenhängende Gewerbegebiete. Daher braucht es ein eigenes, realistisches Entwicklungskonzept für den vorhandenen Bestand. Bestehende Industrie- und Konversionsflächen – einschließlich Baulücken und Brachflächen – müssen systematisch erfasst und gezielt einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden.

Dabei gilt: Bestand vor Neubau – nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch zur Wahrung der städtebaulichen Vernunft. Die Stadt muss Bauwillige aktiv unterstützen, Hemmnisse abbauen und Verfahren beschleunigen. Wo Erweiterungen im Bestand möglich sind, dürfen sie nicht an überzogenen Umweltauflagen scheitern – denn häufig sind sie ökologisch sinnvoller als Neuerschließungen. Ein wesentliches Nadelöhr bleibt die Bearbeitungsdauer von Bauanträgen. Die Bauverwaltung ist hier auf eine ausreichende personelle Ausstattung angewiesen. Die Stadt

Liberaler

für Lüdenscheid.

Leitgedanken

muss endlich dafür sorgen, dass offene Stellen – etwa im Bereich Bauingenieurwesen – zeitnah besetzt werden. Nur so lassen sich Genehmigungsverfahren wirksam beschleunigen.

Darüber hinaus sind die Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Regionalplan und eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit nötig, um gemeinsam neue Gewerbeflächen zu entwickeln, die den tatsächlichen Bedarf decken.

Wohnraum schaffen

Lüdenscheid muss als Wohnort interessant bleiben. In den 1980er Jahren sind die Baugebiete Brenecketal, Hellersen-Süd und Vögelberg entwickelt worden. Die Stadt stellte Familien kostengünstige Grundstücke bereit, die nur so ein eigenes Heim realisieren konnten. Dieses Konzept hat zu einem Bevölkerungswachstum geführt mit prosperierender Entwicklung in allen Bereichen. Deshalb sollte dieses Konzept wieder aufgegriffen werden, auch um den Bevölkerungsschwund zu bremsen.

Ein Teil der Fläche kann auch für geförderten Mietwohnungsbau genutzt werden. Ebenso muss über Nutzungsänderungen von Gewerbeflächen in Wohnbebauung, wie an der Wiesenstraße, nachgedacht werden. Innenstadtnaher Wohnraum ist dabei sowohl für ältere Bewohner Lüdenscheids interessant als auch für Studenten der Fachhochschule Südwestfalen, sowie für Auszubildende und junge Arbeitnehmer. So kann auch für junge Familien attraktiver und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Umwelt / Klimaschutz beachten

Die Klimaveränderungen sind auch in Lüdenscheid zu spüren. Wir fordern daher einen wirtschaftlich vertretbaren Umweltschutz, der von der Stadt, den Firmen und den Bürgern gemeinsam getragen wird. Wir als FDP setzen auf einen vernünftigen und innovativen Klimaschutz, der andere Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht vernachlässigt. Es muss attraktiv bleiben, in Lüdenscheid zu bauen. Die individuelle Mobilität ist auch in Zukunft zu erhalten. Bei der Umsetzung des vom Rat beschlossenen Klimaaktionsplans sind diese Aspekte zu berücksichtigen. Fehler der Vergangenheit, z.B. die großflächige Versiegelung, müssen korrigiert werden. Dadurch würde auch dem Stadtklima geholfen.

Moderne Verwaltung – digital, effizient und bürgerfreundlich

Eine leistungsfähige Stadt braucht eine leistungsfähige Verwaltung. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Lüdenscheid auf eine moderne, digitale und serviceorientierte Verwaltung baut – zum Nutzen aller Bürger sowie der heimischen Wirtschaft.

Digitalisierung nutzen – Bürokratie abbauen

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen, um Verwaltungsprozesse vereinfachen und Wartezeiten zu verkürzen. Das bestehende Online-Serviceportal ist ein erster Anfang – nun muss es konsequent ausgebaut und benutzerfreundlich weiterentwickelt werden. Unser Ziel: Mehr digitale Angebote, weniger Formulare, kürzere Wege.

Künstliche Intelligenz als Chance begreifen

Moderne Technologien wie KI-gestützte Chatbots oder automatisierte Abläufe bieten großes Potenzial, um die Verwaltung spürbar zu entlasten – besonders mit Blick auf den Fachkräftemangel. Richtig eingesetzt, kann künstliche Intelligenz dafür sorgen, dass Anliegen schneller bearbeitet werden und Bürger direkter und effizienter Unterstützung erhalten. Wir stehen solchen Innovationen offen gegenüber und wollen deren Einführung und Fortentwicklung aktiv vorantreiben.

Verwaltung mit klarer Prioritätensetzung

Eine moderne Verwaltung darf nicht im eigenen Apparat stecken bleiben. Wir fordern eine regelmäßige Aufgabenkritik – also die Überprüfung, welche Leistungen wirklich gebraucht werden und wie sie effizient erbracht werden können. Politik und Verwaltung müssen dabei eng zusammenarbeiten, um flexibel und schnell auf neue Herausforderungen reagieren zu können.

Moderner Arbeitgeber Stadt

Der demografische Wandel stellt die Stadt vor große Herausforderungen. Die Verwaltung muss sich als moderner Arbeitgeber aufstellen, um auch künftig qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, zu fördern und zu halten.

Dazu gehören:

- flexible Arbeitszeitmodelle und gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

- transparente Aufstiegs- und Entwicklungschancen,
- ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement.

Denn motivierte Mitarbeiter sind der Schlüssel für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst – und damit für eine Stadt, die funktioniert. Wir lehnen daher auch weiterhin den Einsatz zusätzlicher Wahlbeamter ab. Stattdessen bevorzugen wir, dass motivierte Verwaltungsmitarbeiter, die über Jahre hinweg herausragende Leistungen erbracht haben, zur Führungskraft aufsteigen können.

Effiziente Raumnutzung

Seit Jahren kritisieren wir das Fehlen eines klaren Raumnutzungskonzepts in der Stadtverwaltung. Gerade angesichts moderner Arbeitsformen wie Homeoffice ist es an der Zeit, die vorhandenen Räumlichkeiten effizient zu organisieren. Externe Anmietungen sollen nur bei tatsächlichem Bedarf und möglichst kostengünstig erfolgen. Ziel ist ein transparentes, wirtschaftliches Flächenmanagement, das sowohl den Mitarbeitenden als auch dem Haushalt gerecht wird.

Open Government

Wartezeit ist ein effektiver Verlust von Lebenszeit und Qualität. Bisweilen verlieren Bürger unserer Stadt ganze Urlaubstage, um bürokratische Hindernisse zu überwinden. Deshalb setzt die FDP sich für eine schlanke Verwaltung ein.

Wir verstehen die kommunale Verwaltung als eine Dienstleistung im Sinne der Bürger und der in Lüdenscheid angesiedelten Unternehmen. Deshalb müssen die technischen Möglichkeiten besser genutzt werden. Dass dies möglich ist, zeigt unter anderem der STL mit einer eigenen App. Hier können für die Stadt Synergien genutzt werden. Eine echte Digitalisierung bedeutet zweierlei: Erstens müssen die verwaltungsinternen Prozesse nahtlos ohne Papier ablaufen. Es gibt unzählige Vorgänge, an denen mehrere Fachdienste beteiligt sind. Durch digitale Workflows muss für alle Beteiligten jederzeit erkennbar sein, wo es gerade „hakt“. Insbesondere muss den betroffenen Bürgern in jeder Phase Auskunft erteilt werden können, wie der Stand der Bearbeitung ist. Die verbesserte Transparenz kann außerdem dazu genutzt werden, Schwachstellen zu erkennen und Prozesse zu verbessern – vor allem zu beschleunigen.

Zweitens muss die Digitalisierung auch nach außen Nutzen bringen: Es geht um deutlich mehr, als nur die althergebrachten Formulare herunterladen zu können. Von der Erfassung des Bürgerwunsches über die interne Bearbeitung bis zur Ergebnismitteilung

soll der gesamte Prozess papierlos ablaufen. Das spart nicht nur Ressourcen, es beschleunigt auch den Ablauf und erhöht die Transparenz.

Unser Ziel: Um mehr Lebensqualität zu ermöglichen, muss der Gang zum Rathaus eine Ausnahme bleiben. In allen Bereichen, wo es technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll ist, sollen künftig digitale Abläufe eingeführt werden. Für Bürger, die es vorziehen ihre Behördengänge mit dem Gang ins Rathaus zu erledigen, darf sich natürlich nichts ändern.

Smart City

Wir als FDP sehen in der Digitalisierung ein erhebliches Wertschöpfungspotenzial. Mit einem ganzheitlich ausgerichteten Entwicklungskonzept kann Lüdenscheid ein Angebot schaffen, das sich an den Gewohnheiten und Bedürfnissen der Bürger orientiert. Ziel ist es, dass private und öffentliche Angebote ineinandergreifen und so eine übersichtliche Erleichterung für alle Beteiligten schaffen. Dies wiederum sorgt für ein nachhaltiges Wachstum in unserer Stadt und einen effizienteren Einsatz Ihrer Steuergelder.

Sicherheit gewährleisten

Freiheit und Sicherheit

In unserer freiheitlichen und offenen Gesellschaft ist Sicherheit ein elementares Bedürfnis der Menschen. Daher brauchen wir die Balance aus Freiheit und Sicherheit. Öffentliche Sicherheit wird täglich und unmittelbar spürbar erlebt. Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Belästigung muss eine liberale Bürgergesellschaft gewährleisten. Die Antwort auf die Probleme unserer Gesellschaft kann nicht so eindimensional sein wie der Ruf nach Videoüberwachung. Wichtig ist vielmehr, dass wir die Probleme an der Wurzel angehen. Mit Sprachförderung, Bildung und Sport schaffen wir Lebens- bzw. Berufsperspektive und vermeiden dadurch das Abgleiten in Kriminalität. Wir stehen für eine Kultur des Hinsehens und Helfens sowie für einen respektvollen Umgang mit Einsatzkräften, jeder Bürger ist gefragt. Wir alle müssen zusammen mit Hilfseinrichtungen, Polizei, Ordnungskräften, Schulen und der örtlichen Wirtschaft ein Netzwerk für mehr Sicherheit schaffen.

Die Stadtplanung muss zur Kriminalitätsprävention beitragen und Angsträume wie Unterführungen und „dunkle Ecken“ umgestalten.

Kommunalen Ordnungsdienst endlich etablieren

Nach Stadtwacht und Stadtstreife ist der Kommunale Ordnungsdienst der dritte Versuch, Sicherheit und Sauberkeit in Lüdenscheid zu verbessern. Rekrutierung, Ausbildung und Ausrüstung zusätzlicher Kräfte hat viel Geld verschlungen und viele Monate gedauert. Jetzt wird es Zeit, dass sich der Aufwand endlich im Stadtbild bemerkbar macht.

Wir wünschen dabei ein Vorgehen mit Augenmaß, bei dem Missstände entdeckt und behoben werden – wie z.B. überfüllte Mülleimer und wilde Müllkippen – und kein Überwachungsstaat simuliert wird. Gerade die Vernetzung mit anderen Teilen der Verwaltung, insbesondere STL, ist wichtig.

Investitionsstau bei der Feuerwehr auflösen

Für die zentrale Feuer- und Rettungswache sowie für die Löschzüge Stadtmitte, Oberrahmede, Homert und Brüninghausen wurden nach aufwendiger Suche Standorte gefunden und Neubauplanungen vorangetrieben. Die Feuer- und Rettungswache an der Wiesenstraße ist bereits in Bau, bei einem Teil der übrigen Gerätehäuser läuft die Ausschreibung der Detailplanung. An allen Standorten ist eine zügige Fertigstellung der Neubauten nötig, um – insbesondere in der Freiwilligen Feuerwehr – die Motivation und das Engagement der Löschzüge wertzuschätzen und aufrechtzuerhalten. Vor allem muss die Sicherheit der Bevölkerung in allen Stadtteilen gewährleistet sein. Hier Kompromisse zu machen hieße, an der falschen Stelle zu sparen.

Verkehrsplanung

Straßenmodernisierung nach Ende der Autobahnumleitung

Ende 2025 erfolgt hoffentlich die Teilfreigabe der neuen Rahmedetalbrücke und damit das Ende der A45-Umleitung durch Lüdenscheid. Sprengung, Planung und Neubau der Brücke werden dann nur vier Jahre gedauert haben – eine zu Beginn des Verfahrens kaum für möglich gehaltene Zeitspanne. Dabei wurde erstmals bei der Vergabe mehr Wert auf die Dauer als auf die Kosten der Baumaßnahme gelegt. Ein Konzept des letzten FDP-Verkehrsministers Wissing, das sich hervorragend bewährt hat und der neue Standard bei kritischer Infrastruktur werden sollte. Das Ende der „Bedarfsumleitung“ schafft die Gelegenheit und die Notwendigkeit zur Sanierung der in den letzten vier Jahren erheblich geschundenen Straßen in Lüdenscheid. Da fast alle Hauptverkehrsstraßen Bundes- oder Landesstraßen sind, wird der Großteil

der Kosten durch Straßen NRW getragen werden müssen. Die Stadt Lüdenscheid muss diese Gelegenheit nutzen, ein modernes Verkehrsnetz zu schaffen. Es sollen nicht nur Schlaglöcher gestopft und alte Linien nachgezogen und damit der Zustand aus dem letzten Jahrhundert fortgeschrieben werden. Eine Modernisierung bedeutet auch, den Straßenraum zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern neu aufzuteilen, wo es nötig und möglich ist. Durch eine verstärkte Berücksichtigung von Öffentlichem Personen-Nahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Fußgängern darf der Individualverkehr aber nicht zum Erliegen kommen.

Eine ideologiegesteuerte Verkehrspolitik – in die eine wie die andere Richtung – ist mit der FDP nicht zu machen. Darauf haben wir bei der Erarbeitung des aktuellen Mobilitätskonzepts bereits großen Wert gelegt und dies werden wir auch bei dessen Umsetzung tun.

Überflüssige Ampelanlagen abschaffen

Ganz oder teilweise überflüssige Ampelanlagen sind abzubauen, um den Verkehrsfluss zu stärken und für die Bürger schädliche Lärm- und Abgasemissionen zu verringern. An verbleibenden Verkehrsampeln ist der Rechtsabbiegerverkehr gesondert zu leiten. Bei Neu- und Ausbauten von Verkehrsknotenpunkten sind Kreisverkehre zu bevorzugen.

Überflüssige Verkehrszeichen endlich abbauen

Wir wollen nicht länger in „Lüdenschild“ leben. Daher ist das Stadtgebiet zügig und flächendeckend nach überflüssigen Verkehrszeichen zu durchsuchen. Diese sind konsequent abzubauen.

Parkscheibe statt Parkschein

Die Parkgebühren in Lüdenscheid sind Fluch und Segen zugleich: Einerseits sorgen sie dafür, dass die Parkflächen nicht durch Dauerparker blockiert werden, andererseits dürfen sie die Kunden des Einzelhandels nicht abschrecken. Das Fernhalten von Dauerparkern kann nach unserer Auffassung durch eine Parkscheibenregelung erreicht werden. Unser Fernziel bleibt daher, sämtliche Parkscheinautomaten abzubauen. So lässt sich die Attraktivität der Einkaufsstadt Lüdenscheid steigern. Aufgrund der Haushaltslage ist diese „große Lösung“ derzeit nicht umsetzbar, denn aus den Gebühreneinnahmen wird auch die Instandhaltung der Parkplätze und Parkpaletten finanziert.

Fahrradverkehr

Ein Teil der Mobilität der Zukunft ist das Fahrrad. In Lüdenscheid wird diese Art der Fortbewegung immer noch nicht ausreichend gefördert. Wir als FDP wollen durch mehr Fahrradwege, Schutzstreifen für Fahrradfahrer sowie ausreichend vorhandene und gekennzeichnete Fahrradstellplätze das Fahrrad als Fortbewegungsmittel in der Bergstadt etablieren. Unter Berücksichtigung der Topografie ist eine Förderung von E-Bikes unumgänglich. Für diese müssen beispielsweise Ladestationen oder Mietmöglichkeiten eingerichtet werden.

Jugend- und Sozialpolitik

Kinder und Jugendliche beteiligen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Ihre Entwicklungschancen dürfen nicht vom Zufall abhängen – sie brauchen verlässliche Förderung, echte Mitgestaltungsmöglichkeiten und Räume, in denen sie sich entfalten können. Die FDP setzt sich dafür ein, junge Menschen frühzeitig an Demokratie heranzuführen und ihnen ein selbstbestimmtes Aufwachsen in Lüdenscheid zu ermöglichen.

Junge Menschen wollen mitreden – und sie sollen es auch. Ein erster kleiner Schritt ist gelungen: Im Jugendhilfeausschuss gibt es inzwischen den Tagesordnungspunkt „Was los?“, durch den Jugendliche ihre Anliegen direkt in den politischen Raum tragen können. Für uns ist das ein guter Anfang, aber längst nicht genug. Ob bei Stadtentwicklung, digitalen Angeboten oder Fragen der Freizeitgestaltung, Kinder- und Jugendbeteiligung darf kein symbolischer Akt sein, sondern muss verbindlich, nachvollziehbar und ernstgemeint sein.

Jugendarbeit erhalten – Streetwork weiter ausbauen

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein elementarer Bestandteil unserer sozialen Infrastruktur. Auch in schwieriger Haushaltslage setzen wir uns dafür ein, die bestehenden Einrichtungen zu erhalten und zu stärken. Die mobile Jugendarbeit hat sich dabei als flexible und wirksame Ergänzung bewährt. Sie erreicht Jugendliche dort, wo sie sind – unabhängig von festen Einrichtungen. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch die Einstellung eines zweiten Streetworkers, für den sich die FDP in der letzten Ratsperiode aktiv eingesetzt hat. Das Konzept der Streetwork hat sich als voller Erfolg erwiesen: Es erreicht junge Menschen in schwierigen Lebenslagen, bietet Orientierung und

eröffnet neue Wege. Ein weiterer Ausbau – soweit finanziell möglich – ist aus Sicht der FDP folgerichtig, effektiv und notwendig.

Wiederaufbau des Audreys hat Priorität

Ein schwerer Verlust für die Jugendarbeit in Lüdenscheid war der Brand der Freizeitstätte „Audreys“ – über viele Jahre hinweg ein zentraler Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet. Die FDP setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass das „Audreys“ schnellstmöglich wiedereröffnet werden kann. Dabei sollten auch unkonventionelle und pragmatische Lösungen geprüft werden, um eine zeitnahe Wiederaufnahme des Betriebs zu ermöglichen.

Jugend braucht Raum – auch draußen

Kinder und Jugendliche brauchen auch Platz im öffentlichen Raum, um sich zu begegnen, zu entspannen und Freizeit selbstbestimmt zu gestalten. Die FDP fordert daher möglichst im Zuge der Umsetzung des Spielplatzkonzepts auch die Schaffung von expliziten Jugendplätzen. Dabei gilt: Jung und Alt dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Stadt, die sich um die Bedürfnisse aller Generationen kümmert, ist eine Stadt mit Zukunft.

Familien und Kinder fördern

Der demografische Wandel verändert unsere Stadt. Unsere Bevölkerungsstruktur wird zunehmend älter, die Einwohnerzahl sinkt, gleichzeitig steigt der Anteil zugewanderter Mitbürger.

Die FDP tritt dafür ein, diesem gesellschaftlichen Wandel offensiv zu begegnen und seine Chancen und Risiken als wesentliche Aufgabe zu begreifen, die nahezu alle Bereiche unserer Politik vor Ort betrifft. Wir brauchen ein Handlungskonzept, das alle Beteiligten einbindet und zu einem Gesamtstrategischen Ansatz für Lüdenscheid führt. Die FDP will, dass zukünftig alle kommunalpolitischen Entscheidungen dahingehend überprüft werden, ob sie der demografischen Entwicklung gerecht werden („Demografie-Check“). Zudem braucht Lüdenscheid klare Handlungsprioritäten. Nur wenn wir in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren, sind wir dauerhaft zukunftsfähig. Dafür brauchen wir zielgruppenorientierte und angemessene Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein attraktives Bildungsangebot, das unseren regionalen Begebenheiten gerecht wird. Wir setzen uns für ein vielfältiges Angebot an Kindertageseinrichtungen aller Trägergruppen ein, damit Eltern zwischen unterschiedlichen Grundrichtungen der Erziehung wählen können. Wir unterstützen zudem die Einrichtung von Betriebskindergärten, weil sie im gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmern mit Kindern und Arbeit-

geben sind und zusätzliche Flexibilität schaffen. Wir wollen ein attraktives Wohnumfeld für Familien schaffen sowie Spiel- und Freizeiträume für Kinder und Jugendliche erhalten und ausbauen. Ziel muss es sein, eine lebenswerte Stadt zu schaffen, in der sich junge Familien sowie Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen wohlfühlen.

Inklusion umsetzen

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der FDP. Die Umsetzung der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen kann nur gelingen, wenn Land und Bund ihrer Verantwortung gerecht werden. Die Stadt Lüdenscheid muss die Aufgaben, die ihr als Schulträger zufallen, erfüllen.

Generationen verbinden

Senioren spielen zukünftig in unserer Stadt eine noch größere Rolle als zuvor. Die FDP tritt dafür ein, einerseits die Interessen und Bedürfnisse der Älteren stärker zu berücksichtigen und ihnen andererseits neue Chancen zu ermöglichen, wie sie sich für unsere Gesellschaft vor Ort engagieren können. Wir wollen einen Generationendialog, in dem die Jungen von dem Wissen der Älteren profitieren und umgekehrt die Jüngeren die Älteren in ihrem Alltag unterstützen. Seniorenpolitik wird heute noch zu sehr aus der Perspektive möglicher Benachteiligungen oder Pflegebedürftigkeit formuliert. Ältere Menschen sind heute selbstbewusster, engagierter und mobiler denn je. Wir wollen dieses nutzen, um mit einer seniorengerechten Planung ihre Mobilitäts- Wohn- und Freizeitbedürfnisse zu erfüllen. Generationenübergreifende Projekte wie etwa das Mehrgenerationenwohnen sollten gefördert werden.

Ehrenamt stärken

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Ehrenamt. Ohne dieses Engagement von tausenden Mitbürgern in Sport- und Kulturvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Hilfsorganisationen, in Bürgerinitiativen, in den Sozialdiensten und nicht zuletzt in der Kinder- und Jugendarbeit wäre unsere Gesellschaft vor Ort gar nicht lebensfähig. Die FDP tritt dafür ein, eine Anerkennungskultur auch auf andere Bereiche zu übertragen. Um die herausragende Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen weiterhin zu unterstützen, treten wir dafür ein, dass ehrenamtliche Arbeit gefördert und nicht durch eine Vielzahl von Vorschriften bürokratisch erschwert wird. Auch die Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen. Gerade vor Ort können die Bürger mit ihrem eigenen Beitrag wesentlich zur Ver-

besserung ihres Lebensumfeldes und ihrer Lebensqualität beitragen. Die FDP lädt alle dazu ein, sich aktiv zu beteiligen, in der Bürgergesellschaft, aber auch in unserer Partei mitzuwirken. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort werden wir Liberalen eine lebendige und zukunftsorientierte Politik für unsere Stadt gestalten.

Bildung und Kultur

Musikunterricht fördern

Die musikalische Erziehung ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung aller Fähigkeiten junger Menschen. Sie kann nicht früh genug beginnen. Die städtische Musikschule leistet hervorragende Arbeit. Ihre Wirksamkeit soll durch stärkere Vernetzung mit Kindergärten und Grundschulen gesteigert werden. Die Lüdenscheider Musikschule trägt außerdem in erheblichem Maße zur kulturellen Bereicherung unserer Stadt bei. Die Höhe der Gebühren darf für begabte Musikschüler - auch unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Führung der Musikschule - keine Hemmschwelle für die Nutzung sein.

Die Personalkosten der Musikschule dürfen nicht nur vom öffentlichen Tariffrecht gesteuert werden. Um Wartelisten zu vermeiden sind Honorarkräfte vermehrt kostendeckend zu beschäftigen.

Standortfaktor Kultur nutzen

Die FDP Lüdenscheid bekennt sich zum Erhalt aller Lüdenscheider Kultureinrichtungen. Die vielfältige Kulturlandschaft ist ein wichtiges Element der Lebens- und Bildungsqualität unserer Stadt.

Das Lüdenscheider Museum und die Städtische Galerie erregen mit ihren Sonderausstellungen überregional Aufmerksamkeit. Die FDP unterstützt den eingeschlagenen Weg, die Dauerausstellung des Museums zur Stadtgeschichte mit historisch belegten Inhalten neu aufzubauen und neu zu gestalten und sie mit den heutigen technischen Möglichkeiten (Stichwort Digitalisierung) auszustatten.

Lichttrouten und Bautz fortsetzen

Die FDP-Ratsfraktion hat in der vergangenen Wahlperiode eine wichtige Rolle dabei gespielt, die vermeintliche Konkurrenz von Lichttrouten und Bautz-Festival aufzuheben. Beide Veranstaltungen sind nicht nur bei der Lüdenscheider Bevölkerung beliebt, sie tragen auch zu einem hohen Ansehen unseres Kulturangebots weit über die Stadtgrenzen hinaus bei. Dabei könnten sie unterschiedlicher kaum sein: Die Lichttrouten finden in der Innenstadt statt,

Liberaler

für Lüdenscheid.

Leitgedanken

richten sich an ein breites, kulturinteressiertes Publikum und bieten freien Eintritt. Das Bautz-Festival ist ein Musikfestival am Stadtrand, lockt auch mit namhaften Künstlern ein großes Publikum an, das zur Zahlung eines Eintrittspreises bereit ist. Wichtig ist, dass es kein Entweder-Oder zwischen beiden Veranstaltungen gibt, sondern ein Sowohl-Als-Auch. Beide nutzen Sponsoren, direkt und indirekt Mittel der Stadt und vor allem ehrenamtliche Mithilfe für eine wirtschaftlich tragfähige Basis. Wir stehen zu beiden Veranstaltungen und möchten sie nicht voneinander abhängig machen.

Bildungseinrichtungen vernetzen

Neben dem qualitativen und quantitativen Ausbau der einzelnen Bildungseinrichtungen forciert die FDP als weiteren Schritt die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften.

Ziel des liberalen Projekts „Wissensstadt“ ist es, die jeweiligen Bildungseinrichtungen in ihrer Region untereinander, aber auch mit allen anderen relevanten Einrichtungen unserer Umgebung zu vernetzen. Erste Ansätze dazu sind bereits vorhanden. So gibt es bereits Kooperationen zwischen Schulen und ortsansässigen Unternehmen, bei denen Schüler Praktika absolvieren und auf diese Weise erste Eindrücke in der Arbeitswelt sammeln. Solche Projekte müssen von unserer Stadt systematisch gefördert, ausgebaut und zu einem dauerhaften System verdichtet werden. Wir treten dafür ein, dass jede weiterführende Schule mit einem Wirtschaftsunternehmen als Partner kooperiert, damit sich Schüler und Lehrer über die praktischen Anforderungen der Berufswelt informieren können. Zudem sollte die enge Zusammenarbeit mit SIHK, Handwerkskammer, Arbeitsagentur, Fachhochschule Südwestfalen und den Berufskollegs gesucht werden, um Jugendlichen frühzeitig Orientierung für ihr zukünftiges Berufsleben zu geben.

TUMO zu dauerhaftem Erfolg verhelfen

Auch dank der Mithilfe des heimischen FDP-Bundestagsabgeordneten Johannes Vogel konnten für die Schaffung eines „TUMO“-Bildungszentrums in Lüdenscheid Fördermittel des Bundes in Millionenhöhe nach Lüdenscheid geleitet werden. Was als Regionale-Projekt „Lernfabriksken“ begann, ist jetzt unsere Version des weltweiten Franchise-Konzepts, das vor Lüdenscheid nur in Metropolen auf verschiedenen Kontinenten etabliert war. Unsere Besonderheit:

Neben einem kostenlosen Lernangebot z.B. für Robotik oder die computergestützte Entwicklung von Spielen und Musik an Nach-

mittagen steht das Zentrum vormittags auch als außerschulischer Lernort für den Informatikunterricht zur Verfügung. Ein Konzept, das wegen seiner Angebotsvielfalt sowohl von den Schulen als auch von der Wirtschaft in Lüdenscheid und Umgebung sehr geschätzt wird.

Wir möchten die Anerkennung in eine dauerhafte Unterstützung weiterentwickeln, damit das TUMO-Zentrum auch über den Zeitraum der staatlichen Förderung hinaus Entwicklungsmöglichkeiten für interessierte Kinder und Jugendliche in Lüdenscheid bietet.

Kulturaustausch beleben

Die kulturelle Vielfalt der Partnerstädte soll für Lüdenscheider Bürger erlebbar gemacht werden. Dies soll durch wechselseitigen Austausch von Künstlern, Orchestern, Musikern, Schauspielern sowie Leihgaben von Museen und Galerien geschehen.

Vereinsarbeit anerkennen

Vereine auf kulturellem, sozialem, naturschützendem und sportlichem Gebiet bereichern unsere Gesellschaft und unsere Stadt. Eine vielfältige Vereinslandschaft motiviert zur aktiven Gestaltung der Freizeit und fördert soziale Verantwortung sowie die Integration. Im Jugendbereich leisten die Vereine wertvolle Arbeit, die die Stadt ohne großen Aufwand selbst nicht leisten könnte.

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf die geschlechtsneutrale Differenzierung (z.B. Bürger/innen) verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle.

Liberales

für Lüdenscheid.

Leitgedanken

Herausgeber:

FDP Lüdenscheid · Knapper Straße 2 · 58507 Lüdenscheid
fraktion@fdp-luedenscheid.de · www.fdp-luedenscheid.de